

<b>Protokoll:</b>	<b>Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	41
		<b>TOP:</b>	2a
	<b>Verhandlung</b>	<b>Drucksache:</b>	963/2018
		<b>GZ:</b>	OB 4544-00
<b>Sitzungstermin:</b>	06.02.2019		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	EBM Föll		
<b>Berichterstattung:</b>	-		
<b>Protokollführung:</b>	Herr Häbe / pö		
<b>Betreff:</b>	<b>Prävention für Kinder und Jugendliche bei häuslicher Gewalt "Hinschauen - Erkennen - Handeln" im Rahmen von STOP</b>		

Vorgang: Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 10.12.2018, öffentlich, Nr. 162  
 Jugendhilfeausschuss vom 17.12.2018, öffentlich, Nr. 156  
 jeweiliges Ergebnis: Kenntnisnahme

Verwaltungsausschuss vom 19.12.2018, öffentlich, Nr. 504  
 Ergebnis: Zurückstellung

Verwaltungsausschuss vom 23.01.2019, öffentlich, Nr. 11  
 Ergebnis: Vertagung

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 16.11.2018, GRDRs 963/2018.

In ihrem Sachvortrag führt Frau Dr. Matschke (OB-ICG) aus, STOP (Stuttgarter Ordnungspartnerschaft gegen häusliche Gewalt) sei ein großes Erfolgsmodell der Landeshauptstadt seit 2004/2005. Dieses Interventionsverfahren sei systematisch weiterentwickelt worden. Es gebe kaum eine andere deutsche Stadt, die über ein solches gut abgestimmtes Verfahren verfüge, wenn Menschen in einer Beziehung, meistens Männer gegen Frauen, gewalttätig würden. Gearbeitet werde mit Platzverweisen. Nach solchen Platzverweisen würden die Frauen und die Männer beraten, und zudem werde für die Kinder gesorgt. In den letzten fünf Jahren habe man sich vermehrt um die Prävention

gekümmert; die bekannt gewordenen Gewaltbeziehungen stellten "die Spitze des Eisbergs" dar. In Stuttgart handle es sich um rund 300 Fälle. Die Präventionsbemühungen beinhalteten Workshops in Schulen. Dabei würden Jugendliche damit konfrontiert, was für sie Gewalt bedeute und wie damit umgegangen werde. Des Weiteren sei mit Multiplikatoren (Lehrern/-innen, Schulsozialarbeitern/-innen sowie Hebammen) gearbeitet worden. Es sei gelungen, einen breiten Personenkreis zu erreichen. Festgestellt worden sei, dass neben der gut ausgebauten Interventionssäule auch die Präventionssäule benötigt werde. Nun müsse das in den letzten Jahren in Sachen Prävention Erarbeitete in einen Regelbetrieb überführt werden. Dies könne OB-ICG nicht mehr leisten. Die Arbeit des Genderteams, das die Schulen besucht habe, müssten zukünftig Träger wie die Sozialberatung oder Frauen helfen Frauen übernehmen. Die Gleichstellungsstelle werde die Gesamtkoordination der beiden genannten Säulen sichern. Neue Zielgruppen kämen hinzu. So habe sich der Platzverweisanteil von Flüchtlingen im letzten Jahr nahezu verdreifacht. Für diese Entwicklung gebe es viele Ursachen, wie z. B. die Wohnverhältnisse. Dies wolle man noch genauer untersuchen und gezielt präventiv mit den ausgebildeten MiMi-Frauen und MiMi-Männern arbeiten (MiMi - Gewaltprävention von Migrantinnen für Migrantinnen). Hier könne man mittlerweile auf 28 Personen zurückgreifen. Diese Gruppe wird von Frau Dr. Matschke als "tolle Truppe" bezeichnet.

Abschließend weist sie auf die dritte Säule "Öffentlichkeitsarbeit/Marketing" von STOP hin. STOP habe sich sehr bewährt, und für die kommenden Etatberatungen bestehe der Wunsch, das Verfahren weiter ausbauen zu können.

Im Verlauf der Beratung äußern sich StRin Ripsam (CDU), StRin Nuber-Schöllhammer (90/GRÜNE) und StRin Vowinkel (SPD) mit großem Nachdruck positiv zu STOP. Hin gewiesen wird dabei darauf, dass STOP bundesweit beachtet und nachgeahmt wird. Die Weiterentwicklung von STOP durch den Präventionsansatz unterstützen die Stadträtinnen. Als wichtig erachtet es StRin Vowinkel, die Arbeit aller in der Prävention tätigen Akteure zu koordinieren. Für die anerkennenden Worte bedankt sich Frau Dr. Matschke.

StRin Vowinkel vermisst in der Vorlage Zahlenmaterial dazu, wie viele Schüler/-innen an welchen Schulen erreicht wurden. Laut Frau Dr. Matschke war es nicht leistbar, entsprechende Daten darzustellen. Für die geleistete Arbeit seien zwei halbe Stellen von der Robert-Bosch-Stiftung zur Verfügung gestellt worden. Ein Mitarbeiter und eine Mitarbeiterin der Gleichstellungsstelle hätten die Workshops "Wenn Liebe wehtut" für Jugendliche ab Klasse 8 an den Schulen durchgeführt. Ziel sei gewesen, Jugendlichen Rüstzeug für ihre erste Beziehung mitzugeben. Natürlich sei auch die Arbeit in Kitas wichtig, aber die geleistete Arbeit habe sich hauptsächlich auf Jugendliche bezogen. Insgesamt habe man in sechs Schulen zehn Klassen mit 222 Schülern/-innen mit einer sehr guten Resonanz erreicht. Mehr sei nicht leistbar gewesen. Der Übergang in den Regelbetrieb bedeute, dass die Schulen entweder über ihre Schulsozialarbeiter den Präventionsansatz einspeisten oder selbst Mittel zur Verfügung stellten, um "Frauen helfen Frauen" bzw. die Sozialberatung zu engagieren.

Das Folgeprojekt sei "Train the Trainer". Diese Idee, in die Nachhaltigkeit zu gehen, habe die Robert-Bosch-Stiftung überzeugt. Inhalt der Idee sei, das Umfeld der gewalttätigen Menschen zu sensibilisieren. Hierzu sei ein 1,5-tägiges Schulungskonzept entwickelt worden. Elf Schulungsveranstaltungen mit 79 Lehrkräften hätten stattgefunden. Am Ferdinand-Porsche-Gymnasium, und dies stelle für ihre Mitarbeiterschaft und sie ein wirklich großes Erfolgserlebnis dar, würden nun die Inhalte der Schulung durch eine

Lehrerin und einen Sozialarbeiter regelmäßig in 8. Klassen angewendet. Gearbeitet worden sei mit allen Schultypen.

Für StRin Ripsam ist es wichtig, bei den kommenden Haushaltsplanberatungen die von Frau Dr. Matschke skizzierte Präventionssäule abzusichern. Sie erinnert an die Reise des Jugendhilfeausschusses nach Cardiff. Dabei sei das Thema Gewalt bei Jugendlichen deutlich bewusst gemacht worden. In Großbritannien würden sich die Lehrer im Vergleich zu Deutschland in einer völlig anderen rechtlichen Position befinden, da diese grundsätzlich verpflichtet seien, jegliche Kenntnis von Gewalt in Familien zu melden. StRin Vowinkel sieht ebenfalls in den nächsten Etatberatungen Handlungsbedarf.

StR Brett, der nachfragt, wie viele Stellen OB-ICG hat, wird von EBM Föll auf den Stellenplan verwiesen. Mit Blick auf die kommenden Haushaltsplanberatungen erklärt Frau Dr. Matschke, für den angedachten Ausbau von STOP werde ein Stellenzuwachs benötigt. Weiter an StR Brett gewandt teilt Frau Dr. Matschke mit, ihr würden keine Zahlen vorliegen, in welchem Umfang Frauen und in welchem Umfang Männer für Gewalt gegen Kinder verantwortlich seien.

Abschließend stellt EBM Föll fest:

Der Verwaltungsausschuss hat von der GRDRs 963/2018 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Häbe / pö

## Verteiler:

- I. L/OB  
zur Weiterbehandlung  
OB-ICG  
zur Weiterbehandlung
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. S/OB
  3. Referat AKR  
Haupt- und Personalamt
  4. Referat WFB  
Stadtkämmerei (2)
  5. Referat JB  
Schulverwaltungsamt (2)  
Jugendamt (2)  
JB-BiP
  6. Referat SI  
Sozialamt (2)  
Gesundheitsamt (2)
  7. GPR (2)
  8. Rechnungsprüfungsamt
  9. L/OB-K
  10. Hauptaktei
  
- III.
  1. CDU-Fraktion
  2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
  3. SPD-Fraktion
  4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
  5. Fraktion Freie Wähler
  6. Gruppierung FDP
  7. Gruppierung BZS23
  8. Die STAdTISTEN
  9. AfD
  10. LKR